



Bürger warnten, Politiker schauten weg



Nach den spektakulären Massenschlägereien arabischer Familienbanden auf dem Gelände eines Berliner Autohändlers erheben Anwohner jetzt schwere Vorwürfe gegen die Behörden der sozialistischen Hauptstadt. Seit langem haben Bürger aus der Nachbarschaft sich immer wieder über die rechtlosen Zustände beklagt, die seit dem Auftauchen der Gebrauchtwagenhändler in ihrer Gegend um sich griffen. Die Behörden taten, was sie am Besten können, und stellten sich dumm.

Die WELT berichtet:

Anwohner des Gewerbegebiets an der Bezirksgrenze von Tempelhof-Schöneberg und Neukölln klagen bereits seit etwa drei Jahren über Lärm und Sachbeschädigungen und andere Belästigungen, die von den vier Automärkten ausgehen. Die Gebrauchtwagenhändler hatten sich in dem Gewerbegebiet entlang der Teilestraße und Tempelhofer Weg angesiedelt, nachdem der wild wuchernde Autohandel aus der Bautzener Straße in Schöneberg vertrieben wurde. Seither werden große Autotransporter häufig mitten in der Nacht bei laufenden Motoren be- und entladen. „Die Fahrer entladen ihren Müll in Vorgärten, urinieren an Hauswände. Abgemeldete Fahrzeuge ohne Kennzeichen nehmen den Anwohnern den Parkraum“, sagt ein Anwohner der Sachsenhausener Straße.

Dramatischer Niedergang des Viertels

„Das Wohnumfeld erlebt einen dramatischen Niedergang“, sagt Florian Graf, CDU-Kreisvorsitzender von Tempelhof-Schöneberg und seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. „Die Bewohner der angrenzenden Straßen sind verzweifelt. Ihre Sorgen müssen ernst genommen werden“, sagt Graf. Es reiche nicht aus, wenn die Behörden entweder nicht reagieren oder Polizei und Ordnungsämter auf fehlendes Personal verweisen, so der Politiker weiter.

Der Niedergang macht sich auch finanziell bei den betroffenen Bürgern bemerkbar. Eine Hausbesitzerin klagt, dass sich für ihre Wohnungen in der Gegend keine solventen Mieter mehr finden lassen. Eine typische Folge der multikulturellen Bereicherung ist eben auch die stille Enteignung derjenigen, die sich nicht mit ihrem Hab und Gut rechtzeitig aus dem Staub machen können.

Claudia U., Anwohnerin der Rohdestraße, kann das zögerliche Vorgehen der Verwaltung nicht verstehen. „Andere Gewerbe werden mit zahllosen Auflagen überzogen. Die Autohändler machen, was sie wollen. Angeblich gebe es nicht einmal umweltschädliche Folgen durch die Altfahrzeuge. Werden die Händler eigentlich auf illegale Beschäftigung überprüft?“, fragt die Hausbesitzerin, die zunehmend Mühe hat, solvente Mieter für ihre Wohnungen zu finden.

Die Verwaltung wird, wenn sie überhaupt versucht einzugreifen, an der Nase herumgeführt:

Das für den Straßenverkehr zuständige Ordnungsamt fordert die Besitzer abgemeldeter Autos mit gelben Aufklebern auf der Windschutzscheibe auf, das illegal abgestellte Fahrzeug zu entfernen. Bevor das stadtweit für das Abschleppen solcher Pkw zuständige Ordnungsamt Lichtenberg endlich eingreift, ist der betreffende Wagen verschwunden. Er steht entweder auf einem der Händlerplätze oder wurde verkauft. Stattdessen steht ein anderer, nicht zugelassener Wagen am selben Platz. Das gleiche Spiel beginnt von vorn.

Wenigstens dem integrationspolitischen Sprecher der SPD scheint das Problem nicht ganz fremd zu sein. Badr Mohammed erkennt zutreffend:

„Sie führen einen interkulturellen Kampf gegeneinander. Und das mit archaischen Methoden, als wären sie in einem Dorf im Nahen Osten. Das ist der Skandal.“

Und wer mag wohl Schuld an der Misere sein? Richtig ... „die verfehlte

Integrationspolitik"! Und nicht etwa der Unwille der zufälligerweise muslimischen Einwanderer, sich die Gepflogenheiten der zivilisierten Welt anzueignen. Wozu auch?